



Mit den Menschen - für die Menschen

Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen

Nr. 3 -September/Oktober 2011 | 1. Jahrgang | www.wir-online.org



NRW - CARD JETZT!

Für ein landesweites Sozialticket

www.linksfraktion-nrw.de

Sozialticket endlich gestartet - Problem: Es ist zu teuer

Links wirkt: Nach fünf Jahren politischem Streit gibt es endlich in der Aachener Region eine preisreduzierte Monatskarte für Menschen mit wenig Geld. Doch Links muss weiter wirken, denn noch ist das Ziel nur zum Teil erreicht. Mit EUR 29,80 ist das Ticket zu teuer.

Es geht um nicht weniger, als erwerbslosen Menschen das Recht auf Mobilität wiederzugeben. Das wurde ihnen mit der Einführung von Hartz IV Anfang 2005 genommen. Etwa 15 Euro sind als Pauschale für Fahrtkosten im Nahverkehr in das ALG II eingerechnet. Das reicht

in der Aachener Region für drei Hin- und Rückfahrten in Tarifstufe 1. Eine Monatskarte – Preis für Tarifstufe 1 im Abo EUR 46,33 – ist unbezahlbar.

Ein Sozialticket, das seinen Namen verdient, darf nicht mehr als EUR 15.- kosten. So ist es im Kreis Düren. In der Städteregion Aachen kostet das neue Ticket dagegen EUR 29,80. Wieso dieser Preisunterschied? Weil bis auf DIE LINKE keine Partei in Aachen und der Städteregion bereit ist, öffentliches Geld in die Hand zu nehmen.

Fortsetzung Seite 3

Im Überblick

Seite 2

- Kritische Entwicklungen des Aachener Wohnungsmarktes am Beispiel der Siedlung Preuswald

- „Immer mehr alte Menschen machen das Gesundheitswesen unbezahlbar“ Die Wahrheit sieht anders aus

Seite 3

- Sozialticket endlich gestartet - Problem: Es ist zu teuer

- Interview mit dem Politikwissenschaftler Richard Gebhardt, RWTH Aachen

Seite 4

- ÖPNV in der Städteregion Aachen – erfolgreich, aber noch ausbaufähig
- Ist der Umbau der Energieversorgung bezahlbar?

Seite 5

- Kurznotiert

- Eschweiler 2030

...mit Energie in die Zukunft

- Der Krieg sagt; Die Wirklichkeit sagt;

Der Frieden sagt: ...

Seite 6/7 Beilage

Kreisverband DIE LINKE Städteregion Aachen

Seite 8 Rückspiegel

Es gibt Alternativen!



Wichtige Wünsche an ein gutes Leben konzentrieren sich in der Kommune: sichere Arbeitsplätze und faire Arbeitsbedingungen, bezahlbarer und komfortabler Wohnraum, eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, ein dichtes Nahverkehrssystem mit niedrigen Fahrpreisen, gut ausgestattete Schulen und Kindertagesstätten und vieles mehr. Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist allerdings weit davon entfernt, ihre Politik an solchen Bedürfnissen zu orientieren. Seit Jahren legen die Regierungen – gleich welcher Couleur – die Grundsteine dafür, dass den Kommunen der Geldhahn zuge-dreht wird.

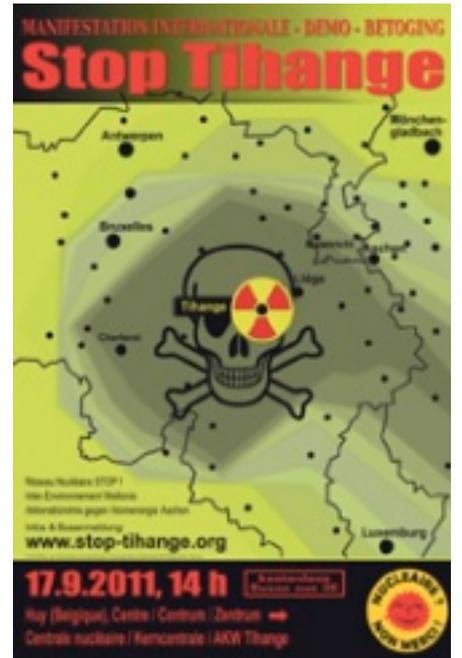
Das finanzielle Ausbluten der Kommunen wird oft als Vorwand benutzt, um soziale Leistungen zu streichen und folgenschwere Privatisierungen durchzusetzen. Die Ergebnisse sind zumeist steigende Verbraucherpreise, schlechtere Versorgung, Arbeitsplatzvernichtung und rüdes Lohndumping zulasten der Beschäftigten. Elementare menschliche Bedürfnisse wie Gesundheit, Wohnen, Mobilität, die Versorgung mit Energie und Wasser privaten Profithaien überlassen, ist verantwortungslos.

Der den Ländern, Städten und Kommunen aufgenötigte Privatisierungs- und Kürzungskurs ist keineswegs alternativlos. Denn Geld ist in Deutschland zur Genüge vorhanden, es ist nur falsch verteilt. Eine Steuer auf millionenschwere Privatvermögen würde viele Milliar-

den Euro in die öffentlichen Kassen spülen. Würde man darüber hinaus die großen Erbschaften und hohen Einkommen deutlich höher besteuern, wie es DIE LINKE seit Jahren fordert, dann wäre genügend Geld da, um die chronische Unterfinanzierung der Kommunen zu beenden, den Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur zu überwinden und die dringend notwendigen Ausgaben für Gesundheit und Bildung zu erhöhen.

Es gibt sehr wohl soziale Alternativen zur neoliberalen Politik. Aber ohne die Empörung der Betroffenen wird sich nichts ändern. Ich wünsche mir deshalb mehr Empörung, damit die Interessen der Mehrheit nicht länger übergangen werden.

Sahra Wagenknecht,
Mitglied des Bundestags



©Rainer Sturm/pixelio.de

Der Krieg sagt: Die Wirklichkeit sagt: Der Frieden sagt:

Am 1. September 1939 startete Nazi-Deutschland sein Projekt der Weltherrschaft mit einem heimtückischen Überfall auf Polen: Der Krieg wurde nicht einmal erklärt. Zur Mahnung an diese erste militärische Aggression der faschistischen Barbaren zum Auftakt des 2. Weltkrieges wird an diesem Tag alljährlich der Anti-Kriegstag begangen.

In diesem Jahr gibt es allerdings reichlich Anlass, die Augen auch kritisch und illusionslos nach vorne zu richten.

Die Hoffnungen auf eine Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges sind längst verfliegen. Es brauchte nur wenige Jahre, um zu erkennen, dass es einer Blockkonfrontation nicht bedarf, damit das

Frieden schaffen mit Waffen Krieg schafft immer neuen Krieg Frieden schaffen ohne Waffen!

Wettrüsten unvermindert weitergeht. Wahnsinn: Billionen für Krieg und Kapital – Peanuts für die Hungernen

Heute wird weltweit mehr Geld fürs Militär ausgegeben als jemals zuvor: 2010 waren es 1.630 Milliarden US-Dollar. Davon entfielen auf die USA 698 Milliarden.

Fortsetzung Seite 5



Heuschrecke im Preuswald

Ende letzten Jahres stellte die Aachener Verwaltung das Handlungskonzept ‚Aachen Strategie Wohnen‘ vor.

Neben den Themen wie

- ▶ Barrierefreiheit
- ▶ Kinderfreundlichkeit
- ▶ Energieeinsparung

sind für DIE LINKE vor allem zwei Aspekte besonders interessant:

- ▶ Der Ausbau des öffentlich geförderten Wohnraums
- ▶ Die Aufwertung von Stadtquartieren

Die Siedlung Preuswald war einst eine beliebte Wohngegend in Aachen. Im Grünen - aber nah der Innenstadt gelegen - und mit einer guten Infrastruktur ausgestattet, war sie vor allem für Familien mit Kindern attraktiv.

Doch durch den Verkauf an die Deutsche Annington wurde die Siedlung zum Sorgenkind. Drin-

gend erforderliche Investitionen zum Erhalt des Wohnungsbestands vermisst man seit Jahren ebenso wie eine ausgewogene Belegungspolitik. Die Folge dieser rein gewinnorientierten Unternehmensstrategie ist eine zunehmende Auflösung der Infrastruktur des Viertels. Kindergarten und Grundschule sind in ihrem Bestand seit Jahren gefährdet, Arztpraxen und Geschäfte haben dem Preuswald den Rücken gekehrt.

Die politischen Vertreter der Stadt darf das allerdings nicht erstaunen. Der Verkauf einer gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft an eine ‚Immobilien - Heuschrecke‘ ist nie ein gewinnbringendes Geschäft. DIE LINKE und viele Aachener wussten dies bereits 2004 und verhinderten glücklicherweise den Verkauf der Aachener Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (GeWoGe) - gegen das Ansinnen der damaligen CDU/FDP Ratsmehrheit.

Private Immobiliengesellschaften führen Anwohner/innen und politischen Vertretern immer wieder ge-

radezu zynisch vor Augen, dass ihr einziges Interesse die Gewinnoptimierung ist; langfristige Investitionen in den Wohnungsbestand sind



dabei ebenso wenig enthalten wie der Erhalt der Arbeitsplätze, der durch den Immobilienankauf ‚erworbenen‘ Mitarbeiter. Bei den Verhandlungen mit der Deutschen Annington überprüft die Stadt derzeit alle rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten der Einflussnahme. Es zeigt sich, dass ein langer Atem benötigt wird, um den notwendigen Druck aufzubauen.

Einiges konnte schon bewegt werden. Der unhaltbare Zustand, das Viertel ohne Einkaufsmöglichkeit zu lassen führte dazu, dass in Ko-

operation mit dem Verein ‚In Via‘ ein kleiner Laden eröffnet werden konnte, um die nötigsten Artikel des täglichen Bedarfs wohnortnah kaufen zu können.

Bestehende Probleme müssen aber noch stärker öffentlich gemacht werden - immer und immer wieder! Mögliche Instrumente sind ‚Fluten‘ von Protestschreiben an die Annington (Kopien an Politik und Lokalpresse) und eine enge Vernetzung mit dem Mieterschutzverein, um Mietminderungen durchzusetzen. Sinnvoll ist ebenfalls eine aktive Beteiligung an der geplanten Zukunftswerkstatt.

Regelmäßige Mieterversammlungen bieten die Möglichkeit, weitere kreative Formen des Protestes zu organisieren; dazu bietet die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen ihre Unterstützung an, damit der Satz „Eigentum verpflichtet“ wieder eine gesellschaftliche Bedeutung erhält.

Ellen Begolli,
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

Teil 3 Dicke Lügen:

„Immer mehr alte Menschen machen das Gesundheitswesen unbezahlbar“ Die Wahrheit sieht anders aus



Gute Nachrichten: Die allgemeine Lebenserwartung ist gestiegen. Die älteren Menschen sind im Vergleich zu vorherigen Generationen länger gesund und bleiben mobil.

Die Märchen über angebliche Folgen des sogenannten „demographischen Wandels“ haben jedoch Auswirkungen auf die älteren Menschen. Sie beeinflussen ihr Wohlbefinden und selbst die Lebensdauer.

Propaganda wirkt durch platte Wiederholungen von Mythen und Stimmungsmache wie: „Das Alter beginnt mit 65 Jahren.“ „Alte Menschen können nichts Neues lernen.“ „Ältere Beschäftigte sind weniger produktiv.“ „Ältere Menschen wollen mit Technik nichts zu tun haben.“ „Die Alten nehmen Jungen die Arbeitsplätze weg.“ „Immer mehr alte Menschen machen das Gesundheitswesen unbezahlbar.“

In den zurückliegenden Jahrzehnten kam es sowohl zu einer deutlichen Zunahme des Anteils alter Menschen als auch zu großen technischen Errungenschaften im Medizinbereich. Wären älter werdende Gesellschaft und technischer Fortschritt große Kostentreiber, so wä-

ren die Gesundheitskosten schon in den letzten Jahrzehnten explodiert.

Aber genau das ist nicht passiert. Die allgemeinen Gesundheitsausgaben betragen früher wie heute zehn bis elf Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Im Gesundheitsfonds befindet sich derzeit sogar ein Überschuss von zwei Milliarden EURO.

Was die Gesundheitsversorgung hierzulande teuer macht, sind die gesundheitlichen Folgen von Arbeitsbelastung und Armut. Was im Verlauf des ganzen Lebens gesellschaftspolitisch versäumt wurde, rächt sich lebenslang bis ins hohe Alter hinein. Ins Besondere für die einkommensschwachen Schichten geht das Alter oft mit chronischen Leiden einher. Traurige Wahrheit ist, dass immer weniger erwerbstätige Menschen gesund das Rentenalter erreichen. Etwa 27 % versterben vor dem 65. Lebensjahr. Gut haben es die Alten der oberen Mittel- und der Oberschicht. Für sie ist das Schlagwort vom gesunden Alter keine Utopie.

Was also soll mit der ideologischen Allzweckwaffe „demografischer Wandel“ erreicht werden?

Das Geschäft mit der Gesundheit blüht. Medizinische Behandlungen

- ▶ Der Privatisierungswahn im Sozial- und Gesundheitsbereich muss gestoppt werden
- ▶ Die sozialen Sicherungssysteme müssen erhalten werden
- ▶ Arbeits- und Lebensbedingungen sowie Vorsorge müssen so verbessert werden, dass alle die Aussicht auf ein langes gesundes Alter haben. Das ist zugleich ein starker Beitrag zur Senkung der Kosten im Gesundheitswesen
- ▶ Haushalts- und personennahe Dienste sind auszubauen.

sollen enorm ausgeweitet werden; egal ob sie sinnvoll sind oder nicht. Des Weiteren will der neue Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP), als glühender Verfechter der Schleifung der sozialen Sicherungssysteme, die Renten-, Kranken-



Pflegeversicherung durch private Versicherungen ersetzen. Zum Glück sind Pläne von Regierenden nicht in Stein gemeißelt. Hier in den Kommunen ist die Nähe zu den Einwohner/innen. Die Verbesserung der Brustkrebsbekämpfung war beispielsweise eine Initiative aus der Region, die jetzt allen Frauen der Republik zugute kommt.

Das Alter ist eine Lebensphase, die alle jungen Menschen erreichen möchten. Es lohnt sich für alle, generationsübergreifend gemeinsam solidarisch für Reformen zu streiten, die an die Ursachen der Probleme gehen.

Helga Ebel, Sachkundige Bürgerin
im Städteregionstag Aachen

Fortsetzung in der nächste Ausgabe von WIR: Die nächste dicke Lüge „Patienten sind Kunden und der Kunde ist König.“

Fortsetzung: Sozialticket endlich gestartet - Problem: Es ist zu teuer



Der Aachener Verkehrsverbund musste das Ticket ohne einen zusätzlichen öffentlichen Zuschuss finanzieren. Auch den Vertrieb muss der AVV übernehmen. Das Jobcenter weigerte sich. Die Folge: während im Kreis Düren Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger, die das wünschen, das Ticket monatlich zugeschickt bekommen, erhalten sie in der Städteregion Aachen nur einen Berechtigungsschein. Mit dem müssen sie dann in die Vorverkaufsstelle des AVV und sich dort als Erwerbslose zu erkennen geben.

Ein weiteres Manko: Das Ticket gilt erst ab 9 Uhr. Wer schon um neun oder früher im Jobcenter erscheinen muss, hat Pech. Er muss doch wieder einen teuren Einzelfahrschein kaufen. So überrascht es nicht, dass die Nachfrage nach dem „Mobi-Ticket“, so der offizielle Name, schleppend anlief.

DIE LINKE wird das Thema erneut auf die Tagesordnung setzen. Die Neun-Uhr-Grenze muss fallen, der Preis runter! Zumindest etwas Geld hat jetzt der Landtag zur Unterstützung von Sozialtickets beschlossen. Links wirkt auch auf Landesebene.

Ein Sozialticket, das seinen Namen verdient, darf nicht mehr als 15 Euro kosten.

Langfristig streitet DIE LINKE für eine Armutsfeste Grundsicherung. Das Geld muss reichen, um elementare Bedürfnisse der Teilhabe und Mobilität zu befriedigen. Erst dann kann die Diskriminierung erwerbsloser Menschen vollständig beendet werden.

Andreas Müller, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

Atomkonsens oder Selbstlüge



Alle 78 Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE stimmten Ende Juni im Bundestag gegen den von Angela Merkel ausgehandelten Atomkonsens. In den Medien wurde das „Nein“ zwar erwähnt, aber kaum hinterfragt. Stattdessen feiern Grüne, SPD, CDU und natürlich Frau Merkel den Kompromiss als Erfolg.

Dieser „Erfolg“ allerdings ist „... nicht unumkehrbar...“. Schon tags zuvor war im Spiegel-Online auf eine von der Linksfraktion angeforderte Expertise des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages verwiesen worden, die dies eindeutig belegt. Erst die Aufnahme des Satzes „... Abkehr von der friedlichen Nutzung der Atomenergie in das Grundgesetz“ würde für eindeutige Bindung sorgen. Die Linke fordert darüber hinaus, das Verbot von Atomenergie und Atomwaffen in das Grundgesetz aufzunehmen.

Die Tatsache, dass seit dem 5. Mai bis zum Ende des Moratoriums 11 von 17 AKW vom Netz waren, ohne das hierzulande der Strom ausgefallen ist, belegt, dass unsere Forderung, die sieben ältesten AKW sofort stillzulegen und bis 2014 ganz ohne Atomkraft auszukommen, umsetzbar ist. Zumal in den nächsten drei Jahren noch im Bau befindliche Gas- und Koh-

lekraftwerke, bei gleichzeitiger Abschaltung leistungsschwacher fossiler Kraftwerke, immer noch einen Überschuss an Kapazitäten produzieren, der über dem Anteil der in unserem Szenario abgeschalteten AKW liegt. Ein intelligentes Lastenmanagement könnte zusätzlich den Verbrauch in Spitzenzeiten reduzieren und Kohlekraftwerke runter fahren lassen. Allerdings wäre eine kurzfristige und einmalige Steigerung des CO₂-Ausstoßes möglich, wenn gleichzeitig die Erneuerbaren Energien ausgebaut würden.

Angesichts der Folgen, die die Lagerung und Umlagerung von Atom Müll nach sich ziehen werden, ist die zu erwartende Steigerung minimal – Experten schätzen sie auf 1 Cent/KWH. Allerdings würde die Lagerung des atomaren Mülls noch Generationen extreme Kosten aufbürden. Energieberatung, Sozialtarife, Verbot von Stromsperrern und Hilfen zum Kauf von sparsamen Elektrogeräten, finanziert durch die Abschöpfung der Gewinne der Stromkonzerne, verbunden mit einer angemessenen Marktkontrolle und dem klimagerechten Umbau des Kraftwerksbaus, speziell durch die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung, wären Wege für einen konsequenten und sozialen Atomausstieg.

Dirk Makowski, Sachkundiger Bürger im Städteregionstag Aachen



Interview mit dem Politikwissenschaftler Richard Gebhardt, RWTH Aachen

Frage: Hat die Auseinandersetzung um das Buch von Thilo Sarrazin und sein Buch die Politik in der Bundesrepublik verändert?

Gebhardt: Sarrazin selbst hat grundlegend nichts verändert. Aber er hat etwas sichtbar gemacht, was vorher in dieser Massivität unter der Oberfläche verborgen war. Denken wir an Bundespräsident Christian Wulff, der eine „bunte Republik Deutschland“ ausruft und öffentlich verkündet, auch der Islam gehöre zu Deutschland. Sarrazin ist als Sprachrohr angenommen worden von all denjenigen, die das nicht wollen oder skeptisch sind. Wichtig ist folgendes: Sigmar Gabriel hat schon richtig erkannt, dass es Sarrazin nicht nur um eine Integrationsdebatte geht. Es geht Sarrazin um Selektion, also soziale Auslese. Sarrazin zitiert ohne Bedenken Autoren, die auch von der NPD zu Rate gezogen werden, wie Volkmar Weiss oder Francis Galton, den Begründer der modernen Sozialeugenik. Sarrazin sagt, dass Intelligenz zu „50 bis 80 Prozent erblich“ sei und fordert „selektive Prämien“ zur „Verbesserung der sozioökonomischen Qualität der Geburtenstruktur“. Für eine Partei, deren Ex-Kanzler Sohn einer Reinigungskraft ist, ist dies schon starker Tobak.

Frage: Was sind die Grundlagen für den Erfolg Sarrazins?

Gebhardt: Das ist nicht so einfach. Es gibt eine „Verrohung des Bürgertums“, wie Studien des Soziologen-Teams um Wilhelm Heitmeyer oder Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung nachwei-

sen. Deswegen bekam auch Peter Sloterdijk aus bürgerlichen Kreisen Zustimmung, als er zum „fiskalischen Bürgerkrieg“ gegen Umverteilung im Sozialstaat aufrief. Das hat natürlich einen Hintergrund in der Realität des Kapitalismus – über die Sarrazin aber schweigt. Die Leute sind ja nicht vom „falschen Bewusstsein“ geblendet. Es stimmt doch, dass die Mittelschichten für die Finanzkrise die Zeche zahlen müssen, dass die Verluste sozialisiert werden. Sarrazin bietet ein Deutungsmuster an, das von den tieferen Grundlagen weglenkt: Er mobilisiert die Empörung der Menschen gegen angebliche „unproduktive Muslime“ und die „bio-deutsche Unterschicht“, die angeblich den ganzen Tag faul auf dem Sofa verbringt.

Frage: Sind alle, die sein Buch gekauft haben oder ihm in Umfragen zustimmen, rassistisch oder in ihrer Einstellung weit nach rechts gerückt?

Gebhardt: Es gibt zwar Menschen in der BRD mit einem wirklich geschlossen rechtsextremen Weltbild. Laut der Leipziger Studie „Die Mitte in der Krise“ sind das ca. acht Prozent der Bevölkerung. Aber die meisten Käufer haben Thilo Sarrazins Buch nicht ganz gelesen. Für sie ist aber schon allein der Kauf des Buches eine politische Aussage. Sie protestieren damit gegen das, was sie als Realität der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland wahrnehmen.

Frage: Gibt es eine Verbindung zwischen Sarrazin und dem schrecklichen Attentat in Norwegen?

Gebhardt: Nein, das ist billige Polemik. In Breiviks „Manifest“ taucht der Name Sarrazin gar nicht auf. Es führt auf eine falsche Fährte, da jetzt zwanghaft eine Verbindung suchen zu wollen. Viel besorgniserregender ist doch, dass Sarrazins sozialeugenische Aussagen die Haltung von Teilen der sog. „politischen Mitte“ widerspiegelt. Wenn z.B. ein Daniel Bahr von der FDP, inzwischen immerhin Bundesgesundheitsminister, sagt: „In Deutschland kriegen die Falschen die Kinder“ und damit „sozial Schwache“ meint, ist das fast O-Ton Sarrazin. Auch die nutzlose Zwangsarbeit für Erwerbslose, die Sarrazin fordert, wird von der „politischen Mitte“ unterstützt. Sarrazin liefert eine radikalisierte Agenda 2010. Darüber sollte sich die politische Linke Gedanken machen – und nicht Sarrazin und seine Zuhörer einfach als „Nazis“ beschimpfen, wie das beim Protest gegen seine Lesung in Aachen geschehen ist.

Weitere Infos:

– eine ausführliche Analyse von Richard Gebhardt zum Buch von Thilo Sarrazin ist kostenlos online abrufbar unter: http://www.linksnet.de/de/autorin/gebhardt_richard

– das vollständige Interview mit Richard Gebhardt, in dem es auch um den Rechtspopulismus in Europa, die Fehler der politischen Linken im Kampf gegen Sarrazin das NPD-Verbot geht, ist auf der Homepage der „WIR“ verfügbar: www.wir-online.org/

Das Interview führte Alban Werner

ÖPNV in der Städteregion Aachen – erfolgreich, aber noch ausbaufähig



Die Entwicklung des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) in der Region Aachen in den letzten Jahren kann sich sehen lassen. Neue Strecken sind gebaut, alte reaktiviert worden, neue Haltepunkte sich eingerichtet worden, etc.; Die Fahrgastzahlen sind kontinuierlich gestiegen.

Jährlich befördert der Aachener Verkehrsverbund AVV 106 Mio. Fahrgäste. Im Schienenpersonenverkehr ist die Zahl der Beförderungen in 10 Jahren um 65% gestiegen (Quelle: AVV). Dies ist aus mehreren Gründen erfreulich: Der motorisierte Individualverkehr (MIV) belastet die Umwelt weiterhin in erheblichem Maße (Abgase, Lärm, Flächenverbrauch, etc.). Die Klimaschutzziele lassen sich nachhaltig nur erreichen, wenn der MIV reduziert wird zugunsten von Fuß, Rad und ÖPNV. Immer mehr Leute verzichten bereits jetzt freiwillig auf den eigenen PKW, möchten aber dennoch mobil sein. Dazu braucht es ein preislich attraktives, zuverlässiges und umweltfreundliches Verkehrssystem.

ten sind langfristig sogar Vorteile zu erwarten, da eine Stadtbahn schlicht mehr Personen transportieren kann als herkömmliche Busse. Vom Stadtrat in Aachen ist in diesem Herbst ein weiterhin positives Votum für die Stadtbahn zu erhoffen.

Jedoch wird die Zukunft des Nahverkehrs nicht nur vor Ort entschieden: Das bisherige System der Finanzierung des ÖPNV muss rechtssicher gemacht werden. Dabei muss der Aspekt der Daseinsvorsorge Vorrang haben vor der EU-Wettbewerbsideologie nach dem Motto „Der Markt wird's schon machen“. Die Bereitstellung kann und muss nicht kostendeckend erfolgen. Der Erfolg eines erfolgreichen Nahverkehrsangebots richtet sich eher daran, wie viel Menschen es zuverlässig, sicher und bequem transportieren kann und das zu Preisen, die nicht abschrecken, sondern zum Umsteigen bewegen.

Die viel diskutierte Elektromobilität ist sicherlich eine sinnvolle Ergänzung in einem integrierten Verkehrskonzept, kann aber aus heutiger Sicht aufgrund diverser Schwierigkeiten nicht als Patentlö-

Unsere Forderungen zum weiteren Ausbau des ÖPNV:

- ▶ Weiterer Ausbau des Euregiobahn-Netzes (z.B. nach Baesweiler).
- ▶ Bau einer Stadtbahn in Aachen mit Verlängerung in den alten Kreis (z.B. nach Würselen auf der alten Strecke Aachen-Nord - Jülich).
- ▶ Neugestaltung des Tarifsystems mit dem Ziel niedrigerer Preise sowohl für Pendler als auch für Gelegenheitsfahrer.
- ▶ Schnellstmögliche Senkung des Preises für das „Mobil-Ticket“ und Abschaffung der 9.00-Uhr-Grenze.
- ▶ Ausbau der Schnellbuslinien, wo es keine konkurrierenden Euregiobahnlinien gibt.
- ▶ Verbesserung des grenzüberschreitenden Angebots nach Belgien und in die Niederlande.

Besonders wichtig ist uns der Bau einer Stadtbahn in Aachen, die mehr sein muss als die ursprünglich beabsichtigte Campus-Bahn. Das Beispiel anderer Städte im In- und Ausland zeigt, dass eine moderne Stadtbahn die städtebauliche Entwicklung vorantreiben kann. Die Baukosten werden dabei zum großen Teil aus Bundes- und Landesmitteln gestellt. Bei den Betriebskos-

sung der verkehrspolitischen Systeme angesehen werden.

**Für DIE LINKE gilt:
Wir werden alle Vorhaben unterstützen, die den ÖPNV in unserer Region stärken.**

Harald Siepmann,
Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag Aachen

Ist der Umbau der Energieversorgung bezahlbar?



Eindeutig JA! Der Umbau der Versorgung hin zur sauberen Energie muss die Preise nicht erhöhen. Dafür müssen allerdings 1. der Wille der politischen Mehrheiten vorhanden sein, die Energieversorgung konsequent auf saubere Energieträger umzustellen, und 2. die Bevölkerung gewillt sein, nur noch „saubere Energiequellen“ zu akzeptieren. Mehr ist nicht nötig, aber auch nicht weniger!

Die überwiegend genutzte Energie der Zukunft wird Strom sein. Heute wird Strom überwiegend in zentralen Großkraftwerken erzeugt. Nach unserer Überzeugung soll er künftig dezentral in vielen kleinen Einheiten erzeugt werden.

Was sind „saubere Energiequellen“, was ist unter „kleinen Einheiten“ zu verstehen, und welche Vorteile bringt eine „dezentrale Energieerzeugung“?

Mit „sauberen Energiequellen“ werden Wasser, Sonne und Wind bezeichnet. Hinzu kommen Erdwärme und Biomasse. Die Energien aus all diesen Quellen belasten unsere Umwelt nicht zusätzlich mit dem gefährlichen Kohlendioxid (CO₂). Das tun aber Kohle, Gas und Erdöl.

Die künftige Energieerzeugung sollte in der Nähe der jeweiligen Verbrau-

Der Umbau der Versorgung hin zur sauberen Energie muss die Preise nicht erhöhen.

cher mit kleinen Einheiten erfolgen. Kleine Kraftwerke erzeugen zwar weniger Energiemengen, sind aber flexibler zu steuern, können auf Verbrauchsschwankungen schneller reagieren und sind somit effizienter zu betreiben. Großkraftwerke sind dagegen schwerfällig, müssen über eine längere Zeit auf Leistung gebracht werden (hochfahren) und benötigen mehr Zeit, um „heruntergefahren“ zu werden. Sie haben somit einen schlechteren Effizienzgrad. Eine moderne und saubere Energieversorgung braucht aber intelligente,

reaktionsschnelle Systeme, die unmittelbar bedarfsgerecht eingesetzt werden können, also kleine Versorgungseinheiten.

„Dezentrale Energieerzeugung“ erfolgt in relativ kleinen Kraftwerken. Dies sind beispielsweise alle Photovoltaikanlagen auf den einzelnen Dächern, mit denen durch Sonneneinstrahlung Strom erzeugt wird. Dazu zählen aber auch die einzelnen Windräder oder Biogaskraftwerke, auch Blockheizkraftwerke in Ein- oder Mehrfamilienhäusern, in Seniorenheimen und Krankenhäusern. Sie sind „dezentral“ – im Gegensatz zur Konzentration an einem Ort – über die ganze Republik verstreut und erzeugen den Strom in der Nähe der Verbraucher. Durch diese Nähe werden lange Versorgungsleitungen entbehrlich, die Energieverluste während des Transports werden reduziert und letztlich entstehen hierdurch geringere Kosten, die den jeweiligen Preis für Energie senken. Zudem ermöglicht eine dezentrale Stromerzeugung vielen Bürgern, Miteigentümer an Energieerzeugungsanlagen zu werden. Dies schwächt die Marktmacht der großen Energiekonzerne und nimmt diesen immer mehr die Chance des Preisdiktates bei der Abgabe von Energie.

Zu einer modernen Energieversorgung gehört ebenso die Einsparung von Energie. Dazu ist es nicht erforderlich, auf Konsum zu verzichten. In erster Linie ist das mögliche Potenzial an Energieeinsparungen bei der Dämmung von Gebäuden konsequent umzusetzen. Eine weitere Sparte stellen energiesparende Gebrauchsgüter dar. Diese sind künftig per Gesetz ausschließlich für den Neuzugang zuzulassen. Es gibt diese Güter, und ihre Massenproduktion senkt auch hier die Preise erheblich. Als Beweis hierfür sei nur an die seinerzeitige Vorgehensweise bei Kühlschränken erinnert, bei denen kein FCKW-haltiges Kühlmittel mehr Verwendung finden durfte. Eine Komforteinschränkung gab es nicht, die Preise dieser Geräte sanken innerhalb kurzer Zeit. Fortsetzung folgt.

Uwe F. Löhr, Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE im Städteregionstag

Unterstützt den Anti-AKW-Kampf über die Grenzen hinaus und vernetzt Euch !

Die Aachener Montagsdemo, die nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima vom „Aktionsbündnis gegen Atomenergie Aachen“ organisiert worden sind, haben mit engagierten und guten Beiträgen das Moratorium und die Entscheidung des Bundestages zum Atomausstieg begleitet. Auf die Initiative ist auch Louis Verheyden von der belgischen Initiative „Nuclaire, STOP“ aufmerksam geworden. Er hat auf einer unserer Montagsdemo über die Entwicklung in Belgien berichtet und

aufgerufen, am 17. September an den drei belgischen Atomreaktoren Tihange in Huy bei Lüttich an einer grenzübergreifenden Demonstration gegen Atomkraft teilzunehmen. So kommt es nun zu einer internationalen Vernetzung niederländischer, belgischer und deutscher Initiativen, die gemeinsam zur Anti-Atom-Demo aufrufen. Zeitgleich findet am störanfälligen Reaktor Cattenom in Lothringen eine Protestaktion von französischen, luxemburgischen und deutschen Initia-

tiven statt. Die Positionen hat Verheyden deutlich gemacht: „Die ältesten Reaktoren Tihange 1 sowie Doel 1 und 2 bei Antwerpen, deren Laufzeiten in rechtswidrigen Abkommen der Regierung mit dem Energieriesen Electrabel um zehn Jahre bis 2025 verlängert wurden, sollen sofort vom Netz gehen. Für die Stromversorgung haben wir eine ausreichende Leistungsreserve.“ Die Partei DIE LINKE ruft alle auf, am Samstag, 17. September, ab 14 Uhr in Huy dabei zu sein und den Verantwort-

lichen in Politik und Wirtschaft zu zeigen, dass der internationale Atomausstieg erwünscht ist und zwingend vorangetrieben werden muss.

Weitere Infos im Linken Zentrum, Augustastraße 69 in Aachen.
Kontakt zum Büro DIE LINKE:
0241-99063820 oder zum Aachener Bündnis: **info@stop-tihange.org**

Dirk Makowski, Für den AK Umwelt,
Verkehr, Stadtplanung STR Aachen

Kurz notiert

Auch Grüne gegen Begrünung

Aachen 33 Platanen sollen im Rahmen der Umgestaltung des Templergrabens gefällt werden, weil sie ‚ästhetisch‘ nicht in das Konzept passen. Dem Beschluss stimmten im Aachener Stadtrat (außer DER LINKE) alle Fraktionen zu, auch die Grünen.

Einwohnerfragestunde nutzen

Städtereion Die Linke im Städtereionstag fordert die bessere Bekanntmachung der Einwohnerfragestunde! Sie wurde in den Fachausschüssen bereits im April eingeführt, aber leider nicht beworben! So ist es sicher kein Desinteresse der Bürger, wenn die Fragestunden kaum genutzt werden. DIE LINKE wird in der nächsten Zeit auf eine bessere Bekanntmachung drängen und fordert alle Einwohner auf, die Fragestunde rege zu nutzen.

Entscheidung um Ombudsstelle naht

Städtereion Nach den Sommerferien wird es endlich eine Entscheidung zur Ombudsstelle beim Aachener Jobcenter geben. Vor einem Jahr hatte DIE LINKE im Städtereionstag die Einrichtung einer solchen unabhängigen Schiedsstelle beantragt. Auch andere Fraktionen hatten Zweifel daran, dass das „Kundenreaktionsmanagement“ des Jobcenters, diese Stelle überflüssig machen würde. Der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, Harald Siepman, hofft auf eine positive Entscheidung: „Ombudsstellen nutzen sowohl den Betroffenen als auch den Mitarbeitern und sind keine zusätzliche Bürokratie“.

DIE LINKE in Baesweiler

Baesweiler Auch hier ist DIE LINKE bereits angekommen. Der erste Erfolg in Sachen Transparenz und Bürgerbeteiligung ist durch eine Anfrage des Städtereionstagsmitgliedes Marika Jungblut zu verzeichnen. Seit April diesen Jahres werden die Vorlagen und Protokolle der Ratsitzungen und Ausschüsse auf der Seite der Stadt Baesweiler ins Internet eingestellt.

Mehr öffentlich geförderter Wohnraum

Aachen Das fordern SPD und DIE LINKE. in einem gemeinsamen Antrag von der GeWoGe. Die gemeinnützige Wohnungsgesellschaft muss bei der Schaffung preiswerten Wohnraums in Aachen stärker in die Pflicht genommen werden.

Bildungs- und Teilhabepaket jetzt auch für Kinder von Asylbewerbern

Aachen Der Skandal, dass Flüchtlingskinder von den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets ausgeschlossen bleiben sollen, konnte durch einen Antrag DER LINKEN in der Stadt Aachen erfolgreich verhindert werden.

Fortsetzung: *Der Krieg sagt, Die Wirklichkeit sagt, Der Frieden sagt: Frieden schaffen ohne Waffen*



Das sind 43 Prozent aller Militärausgaben. Tendenz steigend. 2009 gaben die USA 4,7 % ihrer gesamten Wirtschaftsleistung fürs Militär aus. Im globalen Durchschnitt waren es „nur“ 2,6%. Allein der US-Kongress hat kürzlich mit großer Mehrheit für das Haushaltsjahr 2011/2012 das größte Militärbudget seit dem 2. Weltkrieg beschlossen: 725 Milliarden USD.

Zu welchem Zweck demonstrieren ca. 1.000 Militäreinrichtungen der USA rund um den Globus.

Es geht um die Sicherung des globalisierten Kapitalismus. Es geht um uneinholbare militärische Überlegenheit der USA. Es geht um die Einkreisung des Hauptivalen China. Es geht um die globale Vorherrschaft der USA.

Der letzte Akt im Drama des Imperiums, das zwanghaft vom Allmachtwahn befallen ist, die Welt

mit seinem Way-of-Life beglücken zu müssen. Und solange es krank ist, nicht erkennen kann, dass sein Niedergang längst begonnen hat. Geführt von einem Friedensnobelpreisträger. Ironie der Geschichte.

Macht geht immer noch vor Recht
Online weiterlesen: www.wir-online.org

Django Schins, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Städtereionstag Aachen

Wird auch bald in unserer Region nach Gas gebohrt?



DIE LINKE hatte bereits im April diesen Jahres einen Antrag an die Verwaltung der Städtereion gestellt, in der die Fragen bezüglich des sogenannten Fracking und der hiermit verbundenen Gefahr für unsere Umwelt beantwortet werden sollten (siehe online Ausgabe). Eindeutige Antworten gibt es bisher nicht.

Fragen, die an unsere Verwaltung hier vor Ort gerichtet waren, wurden

an die Bergbehörde in Arnsberg weiter geleitet, z.B. die nach der Einschätzung der ökologischen und gesundheitlichen Gefahren und der Information der Öffentlichkeit im Falle von Bohranträgen. Diese lägen aber laut Bergbehörde für den Raum Aachen zur Zeit noch nicht vor.

Das nordrhein-westfälische Umweltministerium hat jetzt die Ausschreibung für ein Gutachten zur unkonventionellen Erdgasförderung veröffentlicht.

Es heißt, dass alle Bohranträge erst einmal bis zum Vorliegen des Gutachtens zurückgestellt werden sol-

len. Wird dies aber auch so eingehalten? DIE LINKE in der Städtereion wird weiter nachhaken und Sie auf dem Laufenden halten. Mehr Informationen und die Antworten auf unseren Antrag finden Sie in der Online-Ausgabe.

Am 06.10.2011 findet der nächste Umweltausschuss im Städtereionstag statt. Nutzen Sie dann die Gelegenheit, in der Einwohnerfragestunde Ihre Fragen an die Verwaltung zu stellen!

Marika Jungblut,
Fraktion DIE LINKE im Städtereionstag Aachen



Eschweiler 2030

... mit Energie in die Zukunft

*„Wir haben die Vision integrativer, prosperierender, kreativer und zukunftsfähiger Städte und Gemeinden, die allen Einwohnerinnen und Einwohnern hohe Lebensqualität bieten und ihnen die Möglichkeit verschaffen, aktiv an allen Aspekten urbanen Lebens mitzuwirken.“
(Aalborg Commitments 2004).*



Mit neuem Slogan und Logo die Zukunft gestalten, reicht dies aus? Prägen über Jahrzehnte Kohleförderung und Stahlproduktion die Geschichte der Stadt, so soll das Alleinstellungsmerkmal Energiestandort in der Städtereion in der Zukunft erhalten bleiben und gleichzeitig eine nachhaltige Stadtentwicklung gefördert werden.

„Man entnehme dem Wald nicht mehr Holzmasse, als gleichzeitig nachwächst“ Der Gedanke der Nachhaltigkeit der Bewirtschaftung wird auf ökologische und soziale Nachhaltigkeit ausgedehnt. Den nachfolgenden Generationen sollen mindestens vergleichbare, wenn nicht bessere Nutzungsmöglichkeiten überlassen werden. Nur durch das gleichzeitige und gleichberechtigte Umsetzen von umweltbezogenen, wirtschaftlichen und sozialen Zielen kann dies erreicht werden. Auf diese Weise kann die ökologische, ökonomische und soziale Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft sichergestellt und verbesser-

sert werden. Die drei Aspekte bedingen sich dabei gegenseitig. Das Projekt „Camp CO2-Zero“ steht für diesen Anspruch. Soziale Sicherheit, ökologischer Ausgleich und wirtschaftlicher Wandel sollen sich wechselseitig befruchten und eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung Generationen übergreifend fördern.

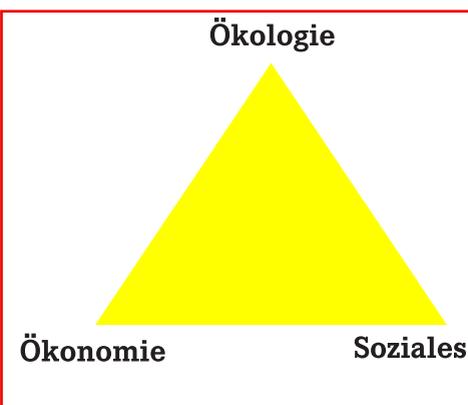
Das weit sichtbare Zeichen des jetzigen Energiestandortes ist das Kraftwerk Weisweiler. Doch die Tage sind gezählt, 2030 soll Schluss sein. Seit 60 Jahren finden die Menschen hier Arbeit. Kann eine Stadt solange warten? Mitnichten. Der Ausbau der Erneuerbaren Energie bedarf des politischen Willens. Ab-

sichtserklärungen reichen nicht aus. Geothermie an einzelnen Standorten sind ein Schritt, Photovoltaik und Solarthermie ein anderer. Unverständlich jedoch, wenn die Windkraft ausgebremst wird mit Argumenten, sie verhindere einen möglichen Tourismus. Inzwischen überholen die Nachbargemeinden in diesem Punkt und beginnen autarke Stadtteile zu schaffen. So kann kein Alleinstellungsmerkmal erreicht werden. „Camp CO2-Zero“ darf kein Feigenblatt sein.

Es reicht nicht mit neuen Slogan und Logo diesen Wandel bestreiten zu wollen. Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, den

Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit zu geben, aktiv an allen Aspekten urbanen Lebens mitzuwirken, für mehr Beteiligung und Mitsprache auf allen Ebenen, sei es an Genossenschaften, Bürgerbeteiligungen an Solar- oder Windkraftanlagen oder einem Bürgerhaushalt.

Albert Borchardt, DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler



Gegen Altersarmut und Niedrigrenten

Unter diesem Motto wird der linke Arbeitskreis Betrieb & Gewerkschaft in der Euregio in den nächsten Wochen und Monaten Veranstaltungen im Gebiet der Städteregion durchführen und dabei das Gespräch mit den Menschen suchen.

Sinkende Durchschnittsrenten, zunehmende Altersarmut und eine steigende Zahl von Rentnern und Rentnerinnen, welche auf die Grundsicherung angewiesen sind – diese Schlagzeilen und Hiobsbotschaften haben den Arbeitskreis bewegt, sich verstärkt um das Thema „Altersarmut und Niedrigrenten“ zu kümmern. Für die Mitglieder des AK stellen diese Entwicklungen einen sozial- und gesellschaftspolitischen Skandal dar, für den es viele Ursachen gibt:

- ▶ Zunehmende Brüche in den Erwerbsbiographien z.B. durch Phasen der Arbeitslosigkeit
- ▶ Stagnierende bzw. sinkende Reallöhne für viele Arbeitnehmer
- ▶ Fehlender gesetzlicher Mindestlohn
- ▶ Weiterhin bestehende Benachteiligung von Frauen, insbesondere Alleinerziehenden, durch fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten
- ▶ Unzureichender Anstieg des Rentenwerts durch die Einführung von diversen Kürzungsfaktoren bei der Rentenformel
- ▶ Vorsätzliche Schwächung der gesetzlichen Rente zugunsten privater Produkte der Altersvorsorge („Riester-Rente“)

Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass viele

dieser Entwicklungen unter der rot-grünen Regierung Schröder zwischen 1998-2005 eingeleitet worden sind.

Für DIE LINKE besteht die erste Aufgabe der gesetzlichen Rentenversicherung darin, allen einen menschenwürdigen Lebensstandard im Ruhestand zu ermöglichen. Daraus ergeben sich für uns folgende Forderungen, wie sie auch im Leitantrag zum ersten Programm der Partei DIE LINKE festgelegt sind:

- ▶ Sichere und auskömmliche gesetzliche Rente, die deutlich über der Armutsgrenze liegt
- ▶ Weitgehende Sicherung des erarbeiteten Lebensstandards
- ▶ Einbeziehung aller Erwerbstätigen in eine paritätisch finanzierte, gesetzliche Rentenversicherung
- ▶ Angleichung Rentenwerte Ost und West
- ▶ Anhebung und anschließende Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen
- ▶ Erhöhte bedarfsgerechte Grundsicherung im Alter
- ▶ Keine Rente ab 67

Beispiele aus den benachbarten Ländern zeigen, dass es besser geht. Höhere Durchschnittsrenten und vor allem eine bessere Absicherung von Niedrigverdienern im Alter.

Gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko, dem Wahlkreisbüro Hunko und dem Kreisverband DIE LINKE wird der

Arbeitskreis im Herbst die Öffentlichkeit über die Fehlentwicklung der bisherigen Alterssicherung in Deutschland informieren und über Lösungswege diskutieren.

Harald Siepmann, Für den AK Betrieb&Gewerkschaft

Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne

- 24.09.2011** Infostand Eschweiler, Grabenstr., 11.00-14.00h
- 25.09.2011** Sonntagsmatinee Aachen, Linkes Zentrum, Augustastr. 69, 11.00-14.00h
- 01.10.2011** Infostand Herzogenrath, Kaufland, 11.00-14.00h
- 15.10.2011** Infostand Aachen, Holzgraben, 10.00-14.00h
- 29.10.2011** Infostand Alsdorf, Kaufland, 11.00-14.00h
- 04.11.2011** Fraktion vor Ort, Aachen, Kurparkterrassen, 19.00-22.00h, u.a. mit Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE



©Barbara Eukholtz/pixelio.de

Geheimer Einfluss - Die Macht der Lobbyisten

Die Interessen der Länder in der Bundespolitik zu vertreten ist Aufgabe des Bundesrates. Seine Abgeordneten entscheiden über Gesetze, die die Verfassung ändern oder die Finanzen der Länder betreffen. Doch was ist von einer demokratischen Gesellschaft zu halten, die einer wirtschaftlichen Minderheit erlaubt, massiven Einfluss auf die Gesetzesbeschlüsse zu haben? Wenn privatwirtschaftliche Interessen ungebremst und direkt in die Formulierung von Gesetzestexten Eingang finden, sind Lobbyisten am Werke, die mittels vielfältiger (medialer) Strategien die Bevölkerung und politische Eliten beeinflussen.

Lobbyismus ist eine aus dem Englischen übernommene Bezeichnung (Lobbying) für eine Form der Interessen-Vertretung in Politik und Gesellschaft. Mittels Lobbyismus versuchen Interessengruppen (Lobbys), die Exekutive und die Legislative zu beeinflussen (vor allem durch persönliche Kontakte); außerdem versuchen sie, die öffentliche Meinung durch Öffentlichkeitsarbeit zu beeinflussen.

(aus Wikipedia)

Die Organisation und Veröffentlichung von Interessen in Verbänden ist nützlich und effektiv, um eigene Meinungen durchzusetzen und zu bündeln. Der einseitig starke Einfluss durch

Bevorzugung und Vergünstigung ist abzulehnen, wie die Beispiele ungleicher Einflussnahme zeigen. Bis Mitte 2008 saßen Vertreter von Großunternehmen und Wirtschafts-Verbänden mit einem eigenen Schreibtisch im Ministerium, um Gesetze zu formulieren, die ihre eigenen Firmen regulieren sollten. Die Propaganda für die Privatisierung der Deutschen Bahn 2007 ist ein weiteres Beispiel für kriminelles Lobbying.

Gegen schleichende und einseitige Einflussnahme von Wirtschaftsvertretern schloss sich 2005 eine kleine Gruppe engagierter Menschen zusammen, um sich für Transparenz und Demokratie stark zu machen. Der gemeinnützige Verein „LobbyControl“ deckt die verdeckte Arbeit der Lobbyisten hinter den Kulissen auf und setzt deren Macht Schranken. Er fordert ein verpflichtendes Lobbyregister, das die Namen, Auftraggeber, Budget und Geldquellen von Interessen-Verbänden aufzeigt, die im Bundestag eingeladen werden. Die Nebeneinkünfte von Politikern sollten offen gelegt und etwaige Interessenkonflikte der Abgeordneten durch eine unabhängige Kontrolle vermieden werden.

Die große Anzahl ansässiger Firmen in räumlicher Nähe zur Bundesregierung zeigen die Stadtführungen von „LobbyControl“. Auf einer

Wahlkreisfahrt der Linken nach Berlin stellte die etwas „andere Stadtführung“ einen interessanten Kontrapunkt zu den gewöhnlichen Stadtgängen dar. Anhand bekannt gewordener Fälle teils legaler, teils illegaler Beeinflussungen durch PR-Agenturen, Stiftungen und Consultingfirmen wird das Bewusstsein für verdeckte Manipulationen geschärft. (geschätzte 5.000 Lobbyisten allein in Berlin)

WIR möchte die einseitig starke Einflussnahme von Lobbyisten aufdecken, verringern oder verhindern helfen.

WIR fordert alle Bürger auf, illegale Einflussnahme und Bevorzugungen von Firmen und Wirtschaftsverbänden aufzuspüren und anzuzeigen.

WIR ist für und von engagierten Mitbürgern und steht für eine Medienpolitik mit erweiterten Informationspflichten für Behörden und Unternehmen, damit Macht- und Ressourcenunterschiede abgebaut werden können. (weiterführende Beispiele lesen Sie in der online- Ausgabe „WIR“)

Anja Linz, Aachen

LobbyControl e.V. | Friedrichstr.63 | 50676 Köln
Tel.0221/ 169 65 07
Mail:kontakt@lobbycontrol.de | www.lobbycontrol.de

Völker hört die Signale

Vertraut und dennoch ungewöhnlich erklang aus dem Leierkasten diese altvertraute Melodie. Petrus muss dies wohl gefallen haben. Denn auch wenn nicht gerade hochsommerliche Temperaturen herrschten, wurden die Teilnehmer des Roten Sommerfestes der Städteregion Aachen über lange Strecken sogar mit Sonnenschein verwöhnt.

So konnten sich die zahlreichen Besucher am Eschweiler Blausteinsee, darunter auch Vertreter von SPD und Grünen, am bunten Programm erfreuen, das von Saxophonklängen in Begleitung des Leierkastens über harten Rock bis zu orientalischen Klängen reichte. Den Abschluss am Abend bildete die bunte Polit-Kabarettgruppe Muita Merda.

Highlight für die jüngeren Gäste war die Nachwuchsband Surrounding. Mit ihrer Verpflichtung gelang der Linksjugend Eschweiler ein Überraschungscoup. Ein herzlicher Dank an alle, die durch ihre Hilfe und ihren Besuch zum Gelingen unseres Sommerfestes beigetragen haben, insbesondere

den Mitgliedern des Ortsverbandes Eschweiler für die Organisation dieses gelungenen Höhepunktes des Jahres. Die Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE Städteregion Aachen freuen sich schon auf eine Wiederholung im nächsten Jahr mit neuen und alten Highlights und wiederum zahlreichen Besuchern.



Mitmachen!

Gründung des Ortsverbandes Baesweiler

Um die Arbeit der Partei DIE LINKE auch in Baesweiler zu unterstützen und für die Menschen vor Ort etwas zu bewirken, soll auch in Baesweiler in absehbarer Zeit ein Ortsverband gegründet werden. Bei Interesse dort mitzuwirken oder auch nur mal in die Arbeit der Kommunalpolitik hinein zu schnuppern, kann sich jede/jeder gerne unter folgender Emailadresse oder Telefonnummer melden: Marika.Jungblut@dielinke-aachen.de | Tel: 0241-5 198-3305

Ich freue mich auf viele Anregungen und Rückmeldungen

www.linkswest.de

Wer wird denn da von Bestechung sprechen ...

Veröffentlichung von Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50 000 Euro übersteigen (§ 25 Absatz 3 Satz 3 Parteiengesetz)
 Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages Dr. Norbert Lammert
 Auszug Drucksache 17/6585 vom 13. 07. 2011

250.005 Euro

- CSU
- SPD
- FDP
- CDU
- BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Juli 2011 | Allianz SE • Königinstraße 28 • 80802 München

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

einsenden an: DIE LINKE Städteregion Aachen
 Augustastraße 69, 52070 Aachen

Adresse

DIE LINKE Städteregion Aachen
 Augustastraße 69, 52070 Aachen
 E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de
www.dielinke-aachen.de
 Tel. 0241-9902531
 Fax 0241-9905228

Linkes Zentrum
 Augustastraße 69, 52070 Aachen
 Tel. 0241-99063820
 Öffnungszeiten:
 Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Arbeitskreise

Arbeitskreis Umwelt, Verkehr, Stadtplanung
 Treffen jeden Freitag ab 18.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/umwelt

Arbeitskreis Gesundheit und Soziales
 Treffen jeden 2. Mittwoch im Monat ab 18.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/soziales

Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaft
 Treffen jeden 4. Dienstag im Monat ab 18.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/bug

Arbeitskreis Bedingungsloses Grundeinkommen
 Treffen jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/ak-bge
 Treffen der Arbeitskreise im Linken Zentrum

Linksjugend [solid] Aachen

Linkes Zentrum
 Treffen jeden Dienstag ab 19.00 Uhr
<http://linksjugendsolidaachen.blogspot.de/>
Eschweiler
 "Dilo" | Aachener Str. 119 | 52249 Eschweiler
 Treffen jeden Samstag ab 18.00 Uhr
www.dielinke-eschweiler.de/ov/linksjugend

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.

Adressen

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

Haus der Städteregion: 1. OG, Raum E 180,
Tel.: 0241 / 5198 3305
Zollernstraße 10 | 52070 Aachen
eMail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

Habsburgerallee 11-13 | 52064 Aachen
3.OG, Raum 369, Tel.: 0241 / 432 7244
eMail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de
www.fraktion-dielinke-aachen.de

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Herzogenrath

Rathausplatz 1, 1.OG, Raum 105, Tel.: 02406 / 83121
eMail: fraktion@linke-herzogenrath.de
www.dielinke-herzogenrath.de
Postadresse: Fraktion DIE LINKE
Im Rat der Stadt Herzogenrath
Postfach 1280 | 52112 Herzogenrath

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Stolberg

Villa Lynen | Rathausstr. 44 | 52222 Stolberg
1.OG, Raum 104 / 105, Tel.: 02402 / 76683-20
eMail: dielinke.fraktion@stolberg.de
www.dielinke-stolberg.de
Fraktionssitzungen (14tägig) montags ab 19:00 Uhr
Bürgersprechstunde jeden Donnerstag
15:00 bis 17:30 Uhr

DIE LINKE im Rat der Stadt Alsdorf

Hartmut Knippschild
Rathaus Hubertusstr. | 52477 Alsdorf
eMail: Alsdorf.Linke@alsdorf.de
www.dielinke-alsdorf.de | Tel.: 0160/5518854

DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler

Albert Borchardt
Johannes-Rau-Platz 1 | 52249 Eschweiler
eMail: albertborchardt@dielinke-eschweiler.de
www.dielinke-eschweiler.de | Tel: 0179/648 3205
Bürgersprechstunde und Sozialsprechstunde
jeden 3. Montag im Monat
jeweils 15:30 - 18.30 Uhr | Rathaus, Raum 13

DIE LINKE im Rat der Stadt Monschau

Erika Krebs
Bürgerforum 21 / DIE LINKE
Laufenstrasse 84 | 52156 Monschau
Raum 503 | Tel.: 02472 / 81266
erika.krebs@dielinke-aachen.de
www.dielinke-nordeifel.de

Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB

AugustasträÙe 69 | 52070 Aachen
Telefon 0241/990 6825-0 | Telefax 0241/990 6825-1
eMail: andrej.hunko@wk.bundestag.de | www.andrej-hunko.de
Sprechzeiten: Montags 11 bis 13 Uhr, und
Donnerstags 17 bis 19 Uhr und nach Vereinbarung
Sozialsprechstunde Bundestagesbüro Andrej Hunko
Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat ab 17.00 Uhr

Erwerbslosenberatung gibt es u.a. an folgenden Stellen:

Beratungsstelle Aachen - Berufsverband d. KAB Diözese Aachen e.V.

Beratungsstelle, Ämterbegleitung | Nordrhein-Westfalen
St.-Josefs-Platz 1 52068 Aachen
Telefon: 0241 51 000 755 | Fax: 0241 51 000 848
kab-beratungsstelle@web.de | http://kab-aachen-eifel.de/

KAB Bezirksverband Aachen Stadt/Eifel Andris Gulbins

Beratungsstelle, Erwerbslosen- oder Sozialhilfeinitiative,
Ämterbegleitung | Nordrhein-Westfalen
KAB Bezirksverband Aachen Stadt/Eifel / Andris Gulbins
Martinstr. 6 | 52062 Aachen
Telefon: 0241 4001860 | Fax: 0241 4001864
hartz4-gruppe-kab@gmx.de | http://kab-aachen-eifel.de

Interessante Veranstaltungen zu diversen Themen bieten:

Evangelische Stadtakademie Aachen

Haus der Evangelischen Kirche
Frère-Roger-StraÙe 8-10 (früher: Michaelstraße)
52062 Aachen | Telefon: 0241/453-162
http://www.stadtakademie-aachen.de

Bischöflichen Akademie des Bistums Aachen

Bischöfliche Akademie / August-Pieper-Haus
Leonhardstr. 18-20
52064 Aachen | Telefon: 0241/47996-0



Konsum um jeden Preis?
Brückenkopf-Park Jülich
18.09.2011 11.00 - 17.00 Uhr
<http://www.konsumumjedenpreis.de/>

Ihre Meinung ist uns wichtig!
eMail: wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

postalisch
Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Stichwort "Leserbrief"
Haus der Städteregion
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen

Woche des Grundeinkommen 19. - 25. September 2011
Veranstaltung:
Eschweiler 22. Sept. 2011
Talbahnhof 19.30h
VHS und attac indeland
<http://www.attac-netzwerk.de/indeland>

				6				9
	9					2		1
4		1			5			7
	6						4	8
	7		3	5		1		
				2	4			3
3		2						
5	1			4				
	4			1		9		

Copyright 2007 by Michael Jentsch (M.Jentsch@web.de) - www.sudoku-ebook.de
This wotk is licensed under a Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Germany License.

WIR

Bestellschein:

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im Städteregionstag erhalten.
Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3305

Impressum:

WIR in der Städteregion
Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen

e-mail:
wir-redaktion@dielinke-aachen.de
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

Redaktion
Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),
Robert Boltz, Albert Borchardt,
Marika Jungblut, Dirk Makowski,
Andreas Müller, Django Schins

Layout
Andreas Becker, Albert Borchardt

Fotos:
www.pixelio.de, wikimedia commons,
Archiv Linksfraktionen AC, Archiv KV Städteregion Aachen, Archiv DIE LINKE NRW

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Druck
Brimberg, Aachen
Auflage
25.000

Dank an alle, die das Erscheinen dieser Ausgabe möglich gemacht haben, und Dank auch an alle, die sie in die Welt hinaus tragen.
Ihr seid toll.

Nächste Ausgabe:
Redaktionsschluss 17. Oktober 2011
Ausgabe: November/Dezember 2011